

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Mittelschläger Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Ersch.-Dienstag).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 75.

Berlin, Sonnabend, 17. Sept. mber 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Regierungen und die Fleischsteuerung. — Jugendorganisationsarbeit. — Christliche Erbschaftsneider. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Leit. — Literatur. — Anzeigen.

Die Regierungen und die Fleischsteuerung.

Während man in Oesterreich wenigstens den Versuch macht, die Fleischnot zu mildern, dadurch, daß die Viehfrachten auf die Hälfte herabgesetzt wurden, denken die Regierungen der einzelnen deutschen Bundesstaaten gar nicht daran, irgendwelche die Not lindernde Maßnahmen zu treffen. In Sachsen wird das Vorhandensein einer Fleischnot überhaupt abgestritten, obgleich beispielsweise in Dresden der Gesamterbrauch an Fleisch in den letzten zehn Jahren um rund 19 Prozent zurückgegangen ist. Außerdem kann nicht geleugnet werden, daß in ganz Sachsen die Ochsenfrachtungen stark ab-, die Pferde- und Bundesfrachtungen dagegen zunehmen. In Bayern ist infolgedessen ein allerdings geringer Wechsel in der Beurteilung der Lage zu verzeichnen, als die Regierung Schritte getan haben soll, um von der Reichsregierung die Erleichterung der Einfuhr von Schlachtvieh aus Dänemark durch Aufhebung oder Einschränkung der Seearquarantäne und der Tuberkulinimpfung und ferner die Zulassung der Einfuhr von Schlachtschweinen aus Oesterreich in die bayerischen Schlachthäuser zu erwirken. Aus Württemberg liegen Äußerungen des Ministers Bischof vor, die recht wenig verheißungsvoll klingen. Allerdings hat das württembergische Ministerium des Neubens, wie uns aus Stuttgart gemeldet wird, eine Verfügung erlassen, wonach der ermäßigte Tarif für die Einfuhr von Fleisch, frisch geschlachtetem Vieh und Pferden im Innenverkehr und im Verkehr mit anderen deutschen Bahnen bis zum 31. Dezember verlängert wird. Diese Verfügung ist aber erst darauf zurückzuführen, daß der Beirat der Verkehrsanstalten die Einfuhr von Fleisch nach Württemberg als dringend notwendig bezeichnet hat. Und was besagt die Verfügung? Daß alles beim bisherigen Zustande bleibt.

Der Landwirtschaftsminister des größten deutschen Bundesstaates, Herr v. Schorlemer-Nieker, kann zwar die Fleischsteuerung nicht leugnen. Er hält sie aber für eine vorübergehende Erscheinung und ist für durchgreifende Maßnahmen nicht zu haben. Das läßt deutlich das Resultat einer Besprechung erkennen, die eine Abordnung des deutschen Fleischerverbandes mit dem preussischen Landwirtschaftsminister hatte. Gefordert wurde von den Fleischern die zollfreie Einfuhr von Futtermitteln aller Art, die stärkere Einfuhr von Rind- und Schlachtvieh aus dem Auslande unter Vermeidung aller erwerbenden Bedingungen, die Verbilligung und Verbesserung des Viehverandes auf den Eisenbahnen und die Befestigung bezw. Verminderung von Abgaben aller Art auf Schlachtvieh. Selbstverständlich erklärte der Herr Minister, diese Vorschläge des Fleischerverbandes in „wohlwollende Erwägung“ zu ziehen. Was es aber damit auf sich hat, das besagt die Antwort, die man in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lesen kann. Darin heißt es kurz, daß der Minister dem lebhaftesten Interesse Ausdruck gegeben habe, welches er der Frage der Fleischsteuerung und Fleischversorgung stets entgegengebracht habe. Aber — und nun kommt das, was der Minister alles nicht tun will. Eine weitere Erleichterung der Einfuhr von Rind- und Schlachtvieh glaubt er

nicht in Aussicht stellen zu können. Von der zollfreien Einfuhr von Futtermitteln sei eine Besserung der augenblicklichen Lage nicht zu erhoffen. Eine Herabsetzung der Viehtarife müsse ohne Einfluß auf die Preisbildung bleiben und daher außer Betracht gelassen werden. Ueber eine Herabsetzung der Schlachthofgebühren und eine Verbilligung der Fleischschau lasse sich reden; es wurde aber der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß auch diese Maßnahmen eine Minderung der Fleischpreise kaum zur Folge haben würde. Zum Schluß gab dann der Minister die Erklärung ab, daß, wenn wider Erwarten ein Rückgang der gegenwärtigen Vieh- und Fleischpreise nicht eintreten und der Marktauftrieb dauernd nachlassen sollte, er sich der Verpflichtung nicht entziehen werde, weitere Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung ins Auge zu fassen. Eine Erleichterung der Fleischeneinfuhr aber könne er auf keinen Fall in Aussicht stellen.

Wäre die Sache nicht gar zu ernst, so möchte man laut über diese Antwort auflachen. Alle praktischen Vorschläge werden von dem Minister als unzuverlässig und undurchführbar zurückgewiesen und dann von „weiteren“ Maßnahmen geredet. Klingt das nicht geradezu wie ein Sohn auf die Not des Volkes? Denkt der Minister gar nicht daran, welche furchtbare Erbitterung er durch seine Haltung in weiten Kreisen des Volkes hervorrufen muß? Sagt ihm der Ausfall der letzten Wahlen noch nicht deutlich genug, wie man über die Wirtschaftspolitik der Regierung denkt? Muß die Antwort erst noch deutlicher ausfallen? Offenbar muß erst eine Hungersnot ausbrechen, um die Regierungen zu energischen Maßnahmen zu drängen. Fürwahr, man treibt ein frivoles Spiel mit der Gesundheit des Volkes. Der Ruf zur Umkehr auf dem abschüssigen Wege unserer verbliebenen Wirtschaftspolitik scheint ungehört verhallen zu sollen. Trotzdem darf die Protestbewegung draußen im Lande nicht abflauen. Die Herren Agrarier, denen die Hauptschuld an den herrschenden Teuerungszuständen zuzuschreiben ist, haben es uns gelehrt, daß man laut schreien muß, will man an maßgebender Stelle gehört werden. Folgen wir ihrem Beispiel und ruhen wir nicht eher, als bis dem berechtigten Wunsche des Volkes Rechnung getragen und der Ruf befolgt ist: Die Grenzen auf!

Jugendorganisationsarbeit.

Nachdem wir in voriger Nummer die Bedeutung und Notwendigkeit der Jugendorganisation eingehend erörtert haben, geben wir heute einen mit Rücksicht auf den Raum unseres Blattes unwesentlich verkürzten Aufsatz des Kollegen Wolter-Charlottenburg wieder, der sich auf dem Gebiete der Jugendorganisation bereits betätigt hat und mancherlei nützliche Fingerzeige gibt.

Ein Jahr lang hatten wir Theorie getrieben, doch zu irgend einer praktischen Tat kam es nicht. Wir haben keine Verbindung. Wir haben keine Erfahrung. Wir haben keine Zeit. Wir haben keine ... weih Gott, was damals — vor einem halben Jahre — alles für Ausreden gebraucht wurden. So kam es denn, daß der Anfang immer wieder hinausgeschoben wurde. Doch da — im Frühling dieses Jahres war es — meldeten sich drei Kollegen freiwillig, um die Jugendorganisationsarbeit in die Hand zu nehmen. Sie hatten auch keinerlei Erfahrung usw. Doch sie hatten einen Willen zur Tat! Sie hatten — was die Hauptsache ist — ein jugendlich fühlendes Herz, einen jugendlichen Optimismus, und so etwas, was man Begeisterung nennt. Mit diesen Eigenschaften gingen sie hin und säteten die Frühlingsaat aus. Sie arbeiteten Tag und Nacht, denn es sollte im Sommer schon mit der Ernte begonnen werden. Doch ach, es war ein sehr harter Boden, den sie bearbeiteten. Es war Neuland. . .

Die Mittel, die sie gebrauchten, waren vielfacher Art, doch die einfachsten der Welt. Sie sammelten in einem Ortsverein von etlichen hundert Mitgliedern die Adressen der Kollegen, deren Kinder in den Jahren 1908 und 1909 bei unseren Weihnachtsfeiern mit Kinderbescherung 12 und 13 Jahre alt waren. Die Eltern sowie Kinder wurden zu einer Besprechung freundlich eingeladen. Und siehe, von 42 Eingeladenen kamen ganze zwei Gewerkevereiner mit ihren Söhnen. Man sieht, es ist gewiß kein fruchtbarer Boden, den wir zu beackern haben. So wurde denn mit den verschiedensten Mitteln versucht, den Boden etwas ertragreicher zu gestalten. Im Ortsverein wurde ein Lichtbildvortrag gehalten. Die Erfahrung lehrt, daß die Lichtbildvorträge stets gut besucht sind. So war es denn auch bei uns, zumal nach dem Vortrag Tanz stattfand. Raum war der Vortrag zu Ende, da hat der Vorsitzende die Versammelten, noch einen Augenblick zusammenzubleiben. Und nun ergrieff ein Kollege das Wort. Er leitete in bereiten Worten vom Lichtbildvortrag zur Jugendfrage über, schiederte in kurzen Sätzen die Schönheit der Jugendträume und wie die rauhe Wirklichkeit sie zerstört, dann was die Gewerkevereine für die Jugend tun wollen. Mit einem passenden Dichtertext schloß der Kollege seine 10 Minuten lange Rede. Unter dem Eindruck dieser Rede begann dann das gemüthliche Beisammensein, wo dann die Jugendfrage eifrig besprochen wurde. In der nächstfolgenden Versammlung wurde dann von einem redgewandten Kollegen, der sich mit der Jugendorganisation beschäftigt, ein Vortrag gehalten mit dem Thema: „Wie gewinnen wir die Jugend?“ Wir beschränkten unsere Tätigkeit nicht auf eine, sondern gingen auch bald in andere Ortsvereine und hielten auch dort Vorträge. Die bis jetzt behandelten Themen lauten: „Der Kampf um die Jugend“ und „Unsere Jugend — eine Mahnung“. Das erste Thema ist dort sehr geeignet, wo schon andere Jugendorganisationen bestehen, um zu schildern, wie eifrig die Organisationen der verschiedensten Richtungen bemüht sind, die Jugend zu gewinnen. Im zweiten Vortrag gilt es besonders, an die älteren Gewerkevereiner zu appellieren, das Versäumte nachzuholen. In allen Vorträgen betonten wir zum Schluß in den verschiedensten Variationen immer wieder den Vorteil der Jugendorganisation für die Jugend beiderlei Geschlechts, für die Eltern und für die Gewerkevereine. Wir sagten auch, daß die Sache ziemlich viel Geld kostet und daß die Zinsen nicht vor zehn Jahren bezahlt werden könnten, dann aber in späterer Zeit die aufgebrauchten Kapitalien sich hundertfältig verginsen werden. Nachdem wir so eine zeitlang in den Ortsvereinen, namentlich in zahlreichen Sektionen mit den Hauptleitungen gearbeitet hatten, begann überall in den Versammlungen, Werkstätten, Familienkreisen das Adressensammeln. So gingen wir dazu über, Jugendversammlungen abzuhalten. Zu diesen Versammlungen wurden sowohl die Jugendlichen wie Eltern eingeladen. Es wurde zuerst ein 15 Minuten langer Vortrag gehalten über: „Was wir wollen“. Danach wurde namentlich der § 2 unserer Satzung erläutert. Der Paragraph besagt folgendes:

Die Vereinigung bezweckt:

1. den Frohsinn, Kunstfinn und Naturfinn der Jugend zu pflegen;
 2. die Jugendkraft, Schaffenslust, Charakterbildung und Selbstverantwortlichkeit der Jugend zu fördern;
 3. die Allgemeinbildung der Jugend zu heben.
- Dieses soll erreicht werden durch Ausflüge, Spiele, Sport, Vorträge, Museumsbesuche, Leses- und Unterhaltungskabarets, Bibliothekbenutzung, sowie Unterrichtskurse.

Gleich in der ersten Versammlung wurde dann zur Gründung einer Abteilung geschritten, und es gelang uns, in und um Berlin schnell fünf Abteilungen zu gründen. Die Tätigkeit der Jugendabteilungen in den Sommermonaten beschränkte sich auf Sonntagsnachmittagsausflüge in die nähere Umgebung Berlins und in der Woche auf je einen Spiel- und Versammlungsabend. Die Spielabende fanden draußen auf den Sport- und Spielplätzen statt. In den Sittingsabenden wurden die Ausflüge und Spielabende besprochen. Außerdem wurden im Juni, Juli und August zehn Vorträge gehalten. Die letzteren dauerten niemals länger wie 20 Minuten. Außerdem hat sich eine Jugend-

Abteilung schon eine Bibliothek geschaffen. Die anderen Abteilungen werden jetzt wohl folgen müssen. Zwei Abteilungen haben je eine Sparte erstere, um im nächsten Sommer größere Ausflüge zu machen, die zweite, eine Geburtsstagsklasse, soll jedem Mitglied zum Geburtsstag ein kleines Geschenk erwählen. Die Beiträge zu diesen Klassen sind freiwillig. Die Einkünfte betragen pro Mitglied und Woche 5 bis 10 Pfennig. Dies ist, kurz zusammengefasst, unsere Tätigkeit während der Sommermonate.

Die zweite Hälfte des August stand unter den Vorbereitungen zur Jugendkonferenz. Anträge wurden besprochen, die Vertreterwahlen wurden vorgenommen, bis am 4. September endlich die Konferenz stattfand. Vertreter waren die fünf bestehenden Abteilungen Berlin I, II, III, Charlottenburg und Oberschöneweide. Aber auch die Abteilung Berlin-Schöneberg, wo bisher eine Anzahl Einzelmitglieder vorhanden waren, hatte Vertreter gesandt. So waren auf der Konferenz rund 120 aktive und 40 passive Mitglieder vertreten. Es wurden nur drei wichtige Punkte behandelt. 1. Beratung der Satzung. Hierzu lag ein vom Geschäftsführenden Ausschuss, Sozialer Kommission und der Berliner Jugendorganisationsleitung ausgearbeiteter Entwurf vor, der nach eingehender Beratung einstimmig angenommen wurde. 2. Wahl eines Jugendausschusses für Groß-Berlin. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus einem Vertreter des Geschäftsführenden Ausschusses, einem Vertreter der Sozialen Kommission, den Organisationsleitern für Groß-Berlin, den Abteilungsleitern aller Abteilungen in und um Berlin, sowie vier Vertrauensleuten der Jugendlichen selbst. Dieser Jugendausschuss wählt aus seiner Mitte die Geschäftsleitung: 1. Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, Schriftführer, Kassierer und einen Beisitzenden. Auch in der Geschäftsleitung sind die Jugendlichen vertreten. Die Aufgaben des Jugendausschusses sind: Gemeinsame Aktionen aller Jugendabteilungen für Groß-Berlin zu veranstalten, eine intensive Agitation zu entfalten, für Unterhaltung und Vorträge in den Abteilungen zu sorgen und vor allen Dingen das nötige Geld zu beschaffen. 3. Unsere Agitation. Der Referent gab zunächst praktische Vorschläge an, was wir im kommenden Winter zu tun haben und ging dann zu den Wünschen der Jugendlichen über. Diese wünschen, ein Vereinsabzeichen anzuschaffen, um überall zeigen zu können, daß sie unserer Jugendbewegung angehören. Ein gemeinsames Liedbuch wird gewünscht, um auf unseren Ausflügen, Spielen, Unterhaltungs- und Sitzungsabenden Gesang erklingen zu lassen, ferner eine Jugendzeitung, gewiß der berechtigteste Wunsch aller Wünsche, denn es gibt heute keinen noch so kleinen Jugendverein, ohne eine Zeitung sein eigen zu nennen. Und wenn nun, wie zu erwarten ist, im kommenden Herbst und Winter auch in den Städten der Provinz Jugendabteilungen sich bilden werden, dann muß ein geistiges Bindeglied vorhanden sein, das alle zusammenhält. Die Ideale unserer Organisation müssen doch unseren jugendlichen Freunden eingepflanzt werden. Und wie kann das besser geschehen als durch kurze padende Artikel in einer Zeitung! Gewiß, eine Zeitung kostet Geld, viel Geld, jedoch es müssen sich Mittel und Wege finden lassen, um unserer Jugendorganisation zu Weisnachsten eine Zeitung schenken zu können. Der Referent schilderte dann, wie die Agitation unter den Jugendlichen heute betrieben wird. Die religiösen Jünglings- und Jungfrauenvereine werden schon unter den Konfirmanden in der Schule, namentlich wie jetzt kurz vor der Einsegnung. Die Anhänger der „freien“ sozialdemokratischen Jugendbewegung werden insbesondere unter den älteren Schulgenossen, auch in der Familie. Und in den Pflichtfortbildungsschulen treiben Jugendvereine aller Richtungen lebhaft Agitation. Nur wir haben uns bis jetzt auf einen zu kleinen Kreis beschränkt. Darum müssen wir den jetzigen Augenblick voll ausnützen. Wir müssen Flugblätter unter der schulentlassenen Jugend verteilen, die Eltern besuchen und zu unseren Veranstaltungen einladen. Unsere jungen Freunde und Freundinnen haben unter den Konfirmanden von der Schule her noch Freunde und Freundinnen, so können und müssen wir alles versuchen, um diese neuen Weggefährten, an die jetzt der Ernst des Lebens herantritt, bei uns aufzunehmen. Dann ist ein weiteres Flugblatt notwendig, an die gerichtete, die schon ein, zwei Jahre die Schule verlassen haben. Diese Flugblätter müssen mit Einladungen vor den Toren der Fortbildungsschulen verteilt werden. Jugendtreffen kurz nach den Einsegnungen, im Herbst und Frühling, sowie Jugendkonferenzen werden dann ihr übriges tun, um unsere Jugendorganisationen so auszugestalten, wie sie es um ihrer selbst willen, wie sie es um der Jugend willen verdient.

Und nun an die Arbeit! Kollegen, laßt überall Vorträge über den „Kampf um die Jugend“ halten. Ruft Jugendausschüsse ins Leben! Gründet Jugendabteilungen! Geschäftsführender Ausschuss und Jugendausschuss für Groß-Berlin werden jedem Ortsverein, jedem Ortsverband mit Rat und Tat zur Seite stehen. Einzelne Städte haben bereits Vorbereitungen getroffen. Hunderte müssen folgen. Unsere Gegner haben zu früh gefroren, indem sie sagten, uns fehle der Nachwuchs. Auf, laßt uns der Jugend dienen! Solen wir sie uns von der Schulbank, von der Straße, aus der Familienstube, aus der Werkstatt, aus der Kneipe, aus dem Tanzsaal. Wohlan, das soll unser Nachwuchs sein.

Christliche Ehrabschneider.

Die christlichen Gewerkschaften suchen die Blamage, die sie sich durch die Veröffentlichungen des früheren Gewerkschaftssekretärs Wolf in Hamburg zugezogen haben, durch wüßtes Schimpfen über

andere zu verdecken. Insbesondere ist es noch immer der Generalsekretär Roth vom württembergischen Eisenbahnerverband, über den sie nach bekannter Art losziehen. Auch das „Reich“ hat wieder einmal herhalten müssen. In seiner Nr. 213 vom 11. September bringt es einen Artikel, worin gesagt wird, es sei nicht wahr, daß Roth in sechs Prozessen, die er gegen die Ehrabschneider führte, den Sieg davongetragen habe. Das sei eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn der „Gewerksverein“ von sechs vollen Siegen des Herrn Roth fagele.

Wer nun die öffentliche Meinung in atemberaubender Weise irreführen sucht, das möge aus folgender Aufzählung entnommen werden:

1. Der Hilfswärter B. in Pöfental ist vom Rgl. Schöffengericht in Gall wegen Beleidigung des Generalsekretärs Roth zu der Geldstrafe von 30 Mark und zur Tragung der Kosten verurteilt worden. Roth hätte sich, um dem unbemittelten Eisenbahnbediensteten Kosten zu sparen, mit einer Ehrenerklärung begnügt; B. ließ sich aber vom neuen Eisenbahnerverband in den Prozeß hineinziehen und verließ sich auf den ihm von diesem christlichen Verband versprochenen Rechtsschutz. Er bekam jedoch vom neuen Verband erst Geld, nachdem ihm schon wegen der Strafe und der Gerichtskosten eine Nähmaschine und andere Gegenstände gepfändet worden waren, und für dieses Geld mußte er dem christlichen Verband einen Schuldschein ausstellen und versprechen, es in Raten zurückzugeben. Das Urteil wurde auf Kosten des B. am Rathhaus in Pöfental publiziert.

2. Der Bremser D. in Rottweil ist vom Rgl. Schöffengericht in Rottweil wegen Beleidigung des Generalsekretärs Roth zu der Geldstrafe von 20 Mark und zur Tragung der Kosten verurteilt worden. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugelassen.

3. Derselbe Bremser D. nahm eine weitere Beleidigung, die er über Roth gegenüber dritten Personen gebraucht hatte, durch eine von ihm im „Schwäbischen Eisenbahner“ veröffentlichte Ehrenklärung zurück, ehe es zu einem weiteren Prozeß kam.

4. Der Schaffner E. in Stuttgart nahm auf Grund einer Verhandlung vor dem Stuttgarter Sühngericht eine gegen Roth gebrauchte Beleidigung öffentlich im „Schwäbischen Eisenbahner“ zurück und zahlte 10 Mark Buße in die Unterstützungskasse des Eisenbahnerverbandes, worauf Roth von einer weiteren Verfolgung abließ.

5. Der Zugführer F. in Stuttgart nahm vor dem Sühnengericht eine gegen Roth gebrauchte Beleidigung zurück, worauf Roth von Weiterem Abstand nahm.

6. Der Wagenwärter G. in Stuttgart gab, nachdem er gegen Roth beleidigend geworden war, eine Ehrenklärung im „Schwäbischen Eisenbahner“ ab und zahlte 10 Mark Buße in die Unterstützungskasse des Eisenbahnerverbandes, um einer gerichtlichen Verhandlung aus dem Wege zu gehen. Diese Abmachung erfolgte vor dem Sühnengericht.

7. Der Zugführer H. in Balingen, der Herr Roth ebenfalls beleidigt hatte, kam zu diesem in die Wohnung und bat ihn scheinlich, doch ja keine Beleidigungsklage anhängig zu machen. Roth sah davon ab, nachdem H. eine Ehrenklärung im „Schwäbischen Eisenbahner“ abgegeben und 10 Mark Buße in die Unterstützungskasse des Eisenbahnerverbandes gezahlt hatte.

8. Der Hilfswärter B. in Heidenheim, der beim Rgl. Schöffengericht Heidenheim wegen Beleidigung Roths verklagt war, nahm die Beleidigung öffentlich im „Schwäbischen Eisenbahner“ zurück, zahlte 10 Mark Buße in die Unterstützungskasse des Verbandes und trug sämtliche Kosten, worauf Roth die Klage zurücknahm.

9. Der Hilfswagenwärter Sch. in Stuttgart war wegen Beleidigung Roths beim Stuttgarter Schöffengericht verklagt. In der Verhandlung kam ein Vergleich zustande, wonach Sch. seine Behauptungen als unrichtig zurücknahm und die Gerichtskosten zahlte. Außerdem mußte er diese Erklärung auf seine Kosten im „Eisenbahner“ und im „Flügelrad“ veröffentlichen. Eine von ihm erhobene Widerklage gegen Roth nahm er bedingungslos zurück.

10. Der Bremser Sch. in Stuttgart, welcher wegen Beleidigung Roths verklagt war, wurde vom Gericht freigesprochen, nachdem er erklärt hatte, daß er mit seiner Äußerung Roth gar nicht gemeint habe, auch keinen Anlaß habe, über Roth etwas derartiges zu behaupten. Das Gericht nahm zu seinen Gunsten an, daß es immerhin zweifelhaft sein könne, ob er bei seiner Äußerung die Person Roths im Auge gehabt habe. Lediglich deshalb, nicht etwa wegen erbrachten Wahrheitsbeweises usw., erfolgte die Freisprechung.

11. Die Klage gegen den Redakteur des „Arbeiter“ in München wurde ohne vorausgegangene

mündliche Verhandlung vom Münchener Gericht zurückgewiesen, weil dem beklagten Redakteur der Schutz des § 193 zugebilligt wurde.

12. Zwei Klagen, eine solche gegen den Wagenwärter K. von Craisheim und eine sehr umfangreiche gegen den christlichen Gewerkschaftssekretär Groß, schweben noch. Sie werden demnächst vor dem Stuttgarter Schöffengericht verhandelt werden.

Zu erwähnen ist endlich noch eine Klagefahle gegen den christlichen Gewerkschaftssekretär Groß, die vor dem Stuttgarter Gericht verhandelt wurde und bei welcher der Beleidigte der Verbandsvorsitzende Aufrecht vom alten Eisenbahnerverband war. Die Klage war mit Genehmigung der Rgl. württembergischen Generaldirektion der Staatseisenbahnen eingereicht worden. Groß wäre, wie ihm der Gerichtsvorsitzende sagte, empfindlich gestraft worden, wenn nicht Aufrecht auf die Erledigung durch Vergleich eingegangen wäre. Groß mußte die Beleidigung im „Eisenbahner“ und im „Flügelrad“ öffentlich zurücknehmen, 25 Mark Buße in die Unterstützungskasse des Eisenbahnerverbandes zahlen und sämtliche Kosten tragen. Zur Charakterisierung des Herrn Groß sei noch hinzugefügt, daß er nachher, als der Vergleich zustande gekommen war, sich weigerte, die Inzertalkosten im „Eisenbahner“ zu zahlen, so daß er hierwegen besonders verklagt werden mußte. Die diesbezügliche Verhandlung findet noch in diesem Monat statt.

Eine Reihe weiterer Fälle, die einen ähnlichen Verlauf nahmen, besonders auch solche zivilrechtlicher Natur, in welche der christliche Verband die Leute hineingebeißt hatte, wollen wir nicht einzeln aufzählen.

Was den Inhalt der Beleidigungsklagen anlangt, so handelt es sich meist um solche Bormühe, die, wenn sie wahr gewesen wären, Eigentumsdelikte bedeutet hätten. Auch der Bormühe war dem Generalsekretär Roth grundlos gemacht worden, er habe die religiöse Toleranz und Neutralität verletzt und sei gegen den katholischen Glauben zu Feld gezogen.

Herr Roth kann sich also mit diesen gerichtlichen Rechtserklärungen, zu denen noch die Außerverfolgungserklärung unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse in Sachen der christlichen Denunziation wegen angeblischen Betrugs, Untreue und Unterschlagung kommt, wohl sehen lassen, viel besser als die christlichen Dunkelmänner, gegen deren Machinationen er sich zu wehren hat.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 16. September 1910.

Alles wird teurer. Wir haben schon auf den Versuch hingewiesen, den die Frankfurter Landwirte zur Verteuerung der Milch unternommen haben. Jetzt mehren sich die Nachrichten aus West- und Süddeutschland, daß die dortigen Landwirte mit einer Heraushebung der Milchpreise vorüber. Es liegt also System in der ganzen Sache. Infolgedessen haben die Milchhändlerverbände für Rheinland-Westfalen, Hessen-Rhassau und Süddeutschland beschloffen, mit allen Mitteln eine Erhöhung des Milchpreises zu verhindern und zu diesem Zwecke zum 18. und 19. September einen Kongress nach Koblenz einberufen. Hoffentlich gelingt es den vereinigten Bemühungen der Milchhändler, diesen neuen Angriff der Agrarier auf die Taschen des Volkes mit Erfolg abzuwehren.

Der Fluch der bösen Tat. Durch die Zündwarensteuer sind natürlich die Zündwarenfabrikanten schwer geschädigt worden. Ihre Notlage ist noch verschärft worden durch das in der Bevölkerung weit verbreitete Bestreben, für die besteuerten Streichhölzer usw. Feuerzeuge einzuführen, die der Steuer nicht unterliegen. Das Zündwaren-syndikat hat sich deshalb beschwerdeführend an das Reichsschatkamt gemeldet und scheint damit Erfolg gehabt zu haben. Denn wie es heißt, sollen nachträglich Anzüge aller Art dem Zündwaren-steuergesetz unterstellt werden. In Frage kommen die bekannten Taschenfeuerzeuge, Fedanzünder, Pillenzünder und andere Sorten. Von seiten der Hauptzollämter werden bereits bei der beteiligten Industrie diesbezügliche Informationen eingeholt. Wie die „Rundschau“ für die Installations-, Beleuchtungs- und Blechindustrie“ berichtet, hat eine in Berlin tagende Versammlung der Feuerzweig-Industriellen beschlossen, einmütig Protest gegen die geplante Besteuerung der Anzüge beim Reichsschatkamt zu erheben, da diese Steuer einer verhältnismäßig jungen Industrie ihre Existenzmöglichkeiten rauben würde. Der Sanabund, welcher in der Versammlung vertreten war, sicherte den Beteiligten seine Unterstützung in dem Kampfe gegen die Steuer zu.

Arbeiterbewegung. Die in den Kartonnagefabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Würzen haben einen Tarif ausgearbeitet, in dem eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 3 Stunden, die Festlegung von Mindestlöhnen und ein Lohnzuschlag für die Seminarbeiterinnen verlangt wird. Die Antwort der Unternehmer ist noch nicht eingetroffen. — In Solingen, Ohligs und Wald haben die Stukkateure die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer die geforderten Lohnhöhungen und die sonstigen Forderungen auf Regelung der Arbeitsverhältnisse abgelehnt haben. — In der Gelbmetallindustrie in Düsseldorf ist es zu Differenzen gekommen. Die Verhandlungen, die zunächst einen günstigeren Verlauf nahmen, haben sich zerklüftet. — Den Labararbeiterinnen in Nordhausen wurden von den Unternehmern einige Lohnzustände gemacht, worauf die Lohnbewegung für beendet erklärt wurde. — Die Dachdecker, Hilfsarbeiter und Leitergerüstbauer in Magdeburg sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer den Abschluß eines Tarifvertrages schon seit längerer Zeit hinausgeschoben. Darin erblicken die Arbeiter den Verzicht, schließlich einen ihnen ungünstigen Tarif durchzusetzen. — In Stettin befinden sich die Matrosen und Heizer in einer Bewegung, um eine Erhöhung ihres Monatslohnes von 60 auf 65 Mark zu erreichen. Die Reedereien haben bisher jede Verhandlung und jedes Zugeständnis kurz abgelehnt, so daß die Seeleute beschloßen haben, bei der Annäherung keine Verträge unter 65 Mark zu unterschreiben.

Ein Nachspiel zum Bauarbeiterkampf. Der Verband der Berliner Baugeschäfte hatte sich bekanntlich geweigert, die allgemeine Bauarbeiterausperrung mitzumachen. Er hat nachträglich auch eine umfangreiche Denkschrift herausgegeben, in der er sein Verhalten zu rechtfertigen sucht. Diese Vorgänge deuteten auf tiefgehende Differenzen zwischen der genannten Organisation und dem Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe hin. Jetzt nun ist der Berliner Verband aus dem Arbeitgeberbunde ausgeschieden, und zwar auf Verlangen des letzteren. Denn wie der Arbeitgeberbund bekannt gibt, hat er auf seiner Hauptversammlung in Halle folgenden Beschluß gefaßt:

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hat durch Nichtbefolgung der vom Bundesvorstand auf Grund der Beschlüsse der Dresdner Hauptversammlung erlassenen Anordnungen seine Pflichten als Mitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verletzt. Er hat ferner in einer Denkschrift innere, geheim zu haltende Bundesangelegenheiten in teilweise unrichtiger und entstellter Weise der Öffentlichkeit preisgegeben. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe kann nicht dulden, daß seine Mitglieder in solcher Weise gegen die Beschlüsse und Interessen des Bundes verstoßen. Der Bund hält es nicht für möglich, daß der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten Mitglied des Bundes bleibt und fordert ihn auf, seinen Austritt zu erklären.

Diesem Beschluß hat der Bundesvorstand nachträglich noch folgende Erklärung angefügt:

Dies war gewiß ein schwerer Entschluß für den Bund! Aber das Verhalten Berlins ließ keine andere Möglichkeit zu. Die fernere Mitgliedschaft des Berliner Verbandes in der Bundesart, die er betätigt hat, könnte für den Bund in jeder Entscheidungslage eine schwere Gefahr bedeuten, denn nachdem er einmal versagt hat und sein Verhalten auf solche Weise zu rechtfertigen sucht, wie geschehen, muß der Bund gewärtigen, daß er niemals unbedingt auf Berlin zählen kann — solche Bundesgenossen haben keinen Wert.

Der Berliner Verband ist also nicht freiwillig ausgeschieden, sondern, wie man sagt, gegangen worden. Man sieht: Die Herren Scharfmacher dulden nicht, daß außer der Reihe getanzt wird. Wer sich nicht fügt, der fliegt!

Seltene Widersprüche. Entrüstung in der Arbeiterschaft und lebhaftes Befremden auch in der der Arbeiterschaft fernstehenden Presse hat es hervorgerufen, daß die „freien“ Gewerkschaften eine Besprechung mit den Vertrießenen unter Beisein von Vertretern unserer Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften abgelehnt haben. Offenbar hat man auf Verbändlerseite die Wirkung dieser Weigerung verkannt. Jetzt, da man merkt, daß dadurch die Sympathie der öffentlichen Meinung sich den Arbeitern abgemant hat, empfindet man Gewissensbisse und möchte die unangenehmen Tatsachen gern aus der Welt schaffen. Deshalb schreibt der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 11. September:

„Betonen wollen wir, daß in der auf Vorschlag des Herrn Thielke, des Sekretärs des Vereins der Sechshundert, stattgefundenen Besprechung die erschienenen Vertreter der Arbeiterorganisationen

mit aller Deutlichkeit ausgesprochen haben, daß dort, wo der Gewerksverein und die christlichen Verbände über eine nennenswerte Anzahl Mitglieder verfügen, der Zulassung zu Verhandlungen nichts im Wege steht.“

Im Gegeniaz dazu bemerkt die „Metallarbeiterzeitung“ in der Nummer, die das Datum vom 10. September trägt:

„Die Unternehmer erklärten sich zu Verhandlungen bereit, verlangten aber die Hinzuziehung von Vertretern der Sirk-Dunderschen Gewerksvereine, der „Christlichen“ und „nationalen Arbeitervereine“, wobei zu bemerken ist, daß die letztgenannten mit den jetzigen Arbeitsverhältnissen so wenig unzufrieden sind, daß sie Streikbruch betreiben, also für Verhandlungen gar nicht in Betracht kommen können. Wer sich ferner das Treiben der Sirkführer und der Organe im Jahre 1907 und die darauf folgenden Gerichtsverhandlungen vergegenwärtigt, wird es begreiflich finden, daß kein Gewerkschafter mit solchen Leuten zusammen arbeiten mag.“

Man sollte eigentlich annehmen, daß die „Metallarbeiterzeitung“ über den Kampf auf den Sechshundertern genau unterrichtet ist. Nach ihrer Mitteilung hat man die Beteiligung der anderen Organisationen rundweg abgelehnt. Nach dem „Vorwärts“ aber hat man Konzeptionen gemacht. Ein merkwürdiger Widerspruch! Nach der Haltung der Unternehmer erscheint uns die Mitteilung der „Metallarbeiterzeitung“ wahrscheinlicher. Damit aber fehlt offenbar dem „Vorwärts“ der Mut, einzugehen, was wirklich ist; denn daß ihm der Mangel an Solidaritätsgefühl Scham erweckt, halten wir für ausgeschlossen.

Die vom 17. September datierte Nummer der „Metallarbeiterzeitung“ bringt einen langen Artikel über die Verstarbeiterbewegung. Derselbe liest sich wie ein langer Entschuldigungszettel. Unter anderem wird darin auch die Forderung erhoben, die Gewerksvereine und auch die Christlichen sollten einmal angeben, wieviel denn von ihren Mitgliedern am Kampfe beteiligt sind. Die Zahl von 2000 Gewerksvereinsmitgliedern wird von der „Metallarbeiterzeitung“ angezweifelt und ihre Angabe als Schwindel bezeichnet. Nun, man sucht niemand hinter einem Busche, hinter dem man nicht schon selbst geissen hat. Die Zahl der am Kampfe beteiligten Gewerksvereiner beträgt, ob das die „Genossen“ glauben oder nicht, sogar weit mehr als 2000.

Im übrigen sind in dem Kampfe keinerlei Änderungen eingetreten. Allerdings wird die Nachricht verbreitet, daß der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beschloßen habe, zu Donnerstag, den 22. September, eine Ausschußsitzung nach Berlin einzuberufen, welche über die Gesamtperrung zugunsten der angegriffenen Sechshundertern Beschluß fassen sollte. Wir geben diese Meldung zunächst wieder, glauben aber nicht daran, daß die Metallindustriellen tatsächlich die angeforderte Drohung wahrmachen werden.

Sozialdemokratischer Terrorismus. Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht der jungliberale Verein München eine längere Darlegung über Vorgänge, die sich in einer sozialdemokratischen Versammlung am 10. September in der Schwabinger Brauerei zugetragen haben. Der Landtagsabgeordnete Schmitt referierte über die Tätigkeit der Sozialdemokratie im bayerischen Landtage. Als die „Genossen“ antrieten, verlangten sie von dem Wirtschaftspächter Bedienung durch organisierte Kellnerinnen; nichtorganisierte Kellnerinnen wurden zurückgewiesen. Als der Wirtschaftspächter erklärte, er wisse nicht, woher er plötzlich organisierte Kellnerinnen herbeibringen sollte, wurde ihm gesagt, die „Genossen“ hätten diese gleich mitgebracht, und nun mußten die nichtorganisierten Kellnerinnen der Schwabinger Brauerei, die seit Jahren dort bedienten, abgehen, und die organisierten Genossinnen zogen ein. Vor einigen Jahren begünstigten sich die „zielbewußten“ Versammlungsbesucher noch damit, rote Zettel zu verteilen mit der Aufforderung: „Genossen, gebt nicht organisierten Kellnerinnen kein Trinkgeld!“ Jetzt jagt man sie direkt aus dem Saale hinaus.

Auch wir wünschen natürlich, daß die Organisation unter den Gasthausangestellten recht weit verbreitet wäre. Indessen solche Mittel, wie sie hier von den „Genossen“ angewandt worden sind, scheinen uns nicht der richtige Weg zu sein, die Kellner und Kellnerinnen für die Organisation zu begeistern.

Den wahren Wert der Wohlfahrtseinrichtungen läßt wieder einmal ein Schreiben erkennen, das einem Arbeiter von der Berg- und Küsterverwaltung Borßigwerk vor längerer Zeit zugegangen ist. Das Schreiben hat folgenden Inhalt:

Borßigwert (C-S.), den 1910.

Va den Förner Bistupig.

Am 21. dieses Monats haben Sie die Arbeit in unserer Stahlwerksformerei aufgegeben und war gleichzeitig laut Hausordnung die Wohnung, die Sie in unserem Hause bewohnen, zu räumen.

Wir geben Ihnen bis zum 1. Mai Gelegenheit, auszugehen und werden gegen Sie, falls Sie nicht rechtzeitig ausziehen, Ihre gerichtliche Ermächtigung veranlassen.

ppa. N. Vorsig, Berg- und Küsterverwaltung.

Einschreiben! Man sieht daraus von neuem, wie sehr durch solche „Wohlfahrtseinrichtungen“ das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter von den Unternehmern gestärkt wird. Dagegen gibt es nur einen Rat: Zieht nicht in solche Arbeiterwohnungen, sondern sucht Euch selbständig und unabhängig zu machen durch den Beitritt zu einer Baugenossenschaft!

Der zweite deutsche Jugendgerichtstag, der von der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge veranstaltet wird, findet auf Einladung des Magistrats zu München in der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober in der bayerischen Hauptstadt statt. Außer den beteiligten Behörden, Vereinen und Privatpersonen Deutschlands werden auch Oesterreich, die Schweiz und England vertreten sein. Eine Uebersicht über den Stand der Jugendgerichtsbewegung in diesen Ländern bildet den ersten Programmpunkt. Die Vorschläge der Entwürfe für die Reform der Strafgesetzgebung betreffend die Jugendlichen werden als zweiter Punkt der Tagesordnung erörtert werden. Die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft, die ungemein wichtige Frage der Abgrenzung zwischen Strafen und Erziehungsmaßnahmen und das Zusammenwirken sozialer Organisationen mit den Organen des Staates zu einer geschlossenen Macht zum Kampfe gegen die Kriminalität und die Verwahrlosung der Jugend sind die weiteren Verhandlungsgegenstände.

Namentlich in Berlin ist eine ganze Anzahl von Gewerksvereinskollegen an der Jugendgerichtshilfe stark beteiligt. Sie bringen zweifellos der bevorstehenden Münchener Tagung großes Interesse entgegen. Mit ihnen wünschen wir, daß die wichtigen Beratungsgegenstände auch von gutem praktischem Erfolge begleitet sein mögen.

Eine Alters- und Invalidenversicherung haben vor kurzem auch die gelesegebenden Körperchaften Frankreichs geschaffen. Das Gesetz hat aber noch nicht in Kraft treten können, weil es an den zu seiner Durchführung notwendigen Geldmitteln fehlte. Jetzt wird berichtet, daß der französische Finanzminister in der Budgetkommission die Bewilligung von 45 Millionen Frs. beantragt wird, die er zur Durchführung des Gesetzes für die Hälfte des Jahres 1911 für notwendig hält. Die genannte Summe soll durch progressive Abstufung einer gewissen Anzahl von Stempelabgaben, durch Erhöhung der Erbschaftsteuer für den Fall, daß nur ein Kind vorhanden ist, und durch Erhebung des jetzigen Quittungstempels durch eine progressive Stempelabgabe beigebracht werden.

Gewerksvereins-Teil.

§ Dresden. Nach Beendigung des ersten sächsischen nationalen Arbeiter- und Gehilfenrates traten die Delegierten des Landesverbandes der Deutschen Gewerksvereine (Sirk-Dunder) im Königreiche Sachsen zu einer längeren Beratung zusammen. Nach der Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten wurde die gegenwärtige Fleischsteuerung einer eingehenden Besprechung unterzogen. Einstimmig war man der Ansicht, daß schon heute weite Kreise der Bevölkerung an einer sozialer und nationaler Hinsicht gleich schwer schädlichen Unterernährung leiden. Die Fleischsteuerung, wie sie jetzt in der Erscheinung trete, erhöhe diese Katastrophe in bedeutendem Maße, und zwar deshalb, weil die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die industrielle, besser genährt sein müsse, weil ihre heutige Tätigkeit einen weit größeren Nervenverbrauch mit sich bringe und daher mehr und mehr qualifizierten Ertrag der verbrauchten Kräfte fordere. Infolgedessen protestierten die anwesenden Delegierten gegen die von der sächsischen Regierung vertretene Ansicht, eine Fleischnot existiere nicht und man müsse sich darauf beschränken, bei dieser Katastrophe eine abmildernde Stellung einzunehmen. Die Deutschen Gewerksvereine verlangen sofortige Maßnahmen und beauftragen den Vorstand des Landesvereins, eine Protestresolution an die sächsische Regierung abzugeben in dem Sinne, daß die Defnung der Grenzen, die Aufhebung der sächsischen Fleischsteuer, die Herabsetzung der Zölle auf die Einfuhr von Futtermitteln usw. gefordert wird. Außerdem verpflichteten sich die anwesenden

Delegierten bei der nächsten Reichstagswahl nur für solche Abgeordnete einzutreten, die Gegner der Lebensmittelerhöhungspolitik sind und für die Verabfolgung der Steuern und Zölle auf die Lebensnotwendigkeiten mit allen Kräften wirken zu wollen sich verpflichten.

8. Leipzig. Die am 8. September tagende Ortsverbandversammlung nahm zunächst den Bericht über den Ersten Nationalen Arbeiter- und Gehilfenrat im Königreich Sachsen entgegen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen beschäftigte sich die Versammlung lebhaft mit verschiedenen gewerkschaftlichen Angelegenheiten und nahm hierzu folgende Resolutionen einstimmig an:

1. Die Versammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkschaften (D.-D.) Leipzig weist mit Entschiedenheit die in letzter Zeit wiederholt von der „Leipzig. Volkszeitung“ gebrachten und gegen die Deutschen Gewerkschaften gerichteten verleumdenden und lügnereien vollen zurück. Die Versammlung stellt fest, daß die Angelegenheit der Holzarbeiter in Hamburg, der Brauergesellen in der Schweiz, Dresden und Krefeld nur deswegen solche scharfe Gegensätze herbeigeführt haben, weil die sozialdemokratischen Organisationen in einem düstlichen, fanatischen Uebermut alle anderen Organisationsmitglieder von dem Recht auf Arbeit ausschließen wollen und den in Frage kommenden Unternehmern vorschreiben, nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Da wir nun vorläufig noch nicht im Zukunftslande angelangt sind, ist es das gute Recht der in den Deutschen Gewerkschaften organisierten Arbeiter, derartig gemeingefährlichen Plänen unter Vermeidung aller, die Arbeiterkraft etwa schädigenden Dinge aufs schärfste entgegenzutreten. Die Versammlung sichert den um ihre Existenz kämpfenden Gewerkschaftskollegen jedwede moralische und materielle Unterstützung zu und fordert sie auf, den aufgedrängten Kampf mit allen erlaubten Mitteln energisch durchzuführen. Ferner fordert die Versammlung die hiesigen Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften auf, sich durch das schamlose Vorgehen der „Leipzig. Volkszeitung“ nicht provozieren zu lassen; denn diesen hinterlistigen Angriffen, die in systematischer Weise verübt werden, liegt die verächtliche Absicht zugrunde, die Gewerkschaftsmitglieder zu überleiteten Schritten aufzureizen, um dann für hiesige, gegenwärtig schwebende Differenzen, die ebenfalls in einseitiger und wenig erfolgversprechender Weise von den der „Leipzig. Volkszeitung“ nahestehenden Organisationen inszeniert sind, die Deutschen Gewerkschaften als Sündenböcke verantwortlich zu machen, wenn diese Differenzen zum Schaden der Arbeiter beendet werden müssen. Nach alledem liegt die Ansicht sehr nahe, daß das Wort auf die „Leipzig. Volkszeitung“ zutreffen kann, was diese von anderen Zeitungen behauptet: Sie lügen wie gedruckt und schwindeln aus Prinzip!

2. Um der in letzter Zeit in verschiedenen Betrieben Leipzigs vorgekommenen Terrorisierung von Mitgliedern der Deutschen Gewerkschaften aufs schärfste entgegenzutreten, fordert die Versammlung alle Vertrauensmänner auf, solche Vorkommnisse sofort dem Vorstand zu melden. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand, solche Fälle sofort und in unumschriebener Weise dem Strafgericht zur weiteren Verfolgung zu übergeben. Denn nur auf diese Weise kann allen derartigen gewalttätigen und gefinnungslosen Elementen das schädige Handwerk gelegt werden.

3. Sommerfeld. Am 30. August reichten die Maschinen, Feiger, Schlosser und Kohlenfahrer der Textilbetriebe, 34 Mann, die Kündigung ein. Die Forderungen waren schon am 28. Juli eingereicht, innerhalb dieser Zeit ließen man von seiten des Fabrikantenvereins nichts hören. Am 31. August endlich teilte man mit,

daß man zu Verhandlungen bereit sei, und der Mittwoch, der 7. September, abends 9 Uhr, im goldenen Engel festgelegt. Denselben Tag traf noch ein zweites Schreiben ein, worin man die Kündigungen ersuchte, die Kündigung zurückzunehmen. An demselben Tage geschah aber noch etwas Wertwürdiges: Der Vorhänger vom Zentralverband und noch 5 seiner Getreuen fielen um und nahmen reumütig die Kündigung zurück, ohne daß die übrigen etwas wußten. Damit nicht genug, auch der Gauleiter B ü r g e r vom Zentralverband zog, ohne die übrigen zu fragen, die Kündigung für alle zurück und verleitete den Vorhänger S i e h e l vom Gewerkschaftsverein dazu, trotzdem der Bezirksleiter Herbig per Telegramm das Gegenteil angeordnet hatte. Nun war die Verwirrung fertig. Ein Teil der Unternehmers, welcher in dieser Zeit Ersatz gefunden hatte, entließ seine Leute, der andere Teil dachte nicht daran. Der Mittwoch kam, brachte aber nur ein Wortgeplänkel; in Verhandlungen ließ man sich nicht ein, und die Sache war für die Herren Fabrikanten abgetan. Sie haben den Sieg davongetragen. Am anderen Tage versuchten beide Bezirksleiter noch etwas zu retten, was auch in 3 Betrieben gelang. 16 Mann aber liegen auf der Straße und wenige davon werden ihre Stellungen wieder einnehmen.

Was sagt nun die sozialdemokratische Presse dazu? Nichts; alles schweigt. Die Umgefallenen hätten nur Gewerkschaftler sein müssen, dann würde der ganze sozialdemokratische Blätterwald rauchend den Streikbruch der Fische verurteilt haben. Vielleicht merken sich unsere Gewerkschaftskollegen dies.

Verbands-Teil.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (D.-D.).

Verbandsklub der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221-223. Nächste Sitzung des Distriktsklubs, Mittwoch, 21. September, 8 Uhr. — Gewerkschafts-Liebertafel (D.-D.). Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Liebungshunde im Verbandsklub der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste willk. — Sonnabend, 17. September. Fabrik- und Handarbeiter 1. Abends 9 Uhr, Versammlung Brandenburgstr. 22. L.-D.: Vortrag des Bezirks-Beamten Kollegen Bredde: „Was lehrt uns der letzte Verbandsstag“. Verschiedenes. Letzte Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest.

Orts- und Reichsverbände.

Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstraße 120. — Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hagenkamp, Friedrich-Wilhelmstraße, Distriktsklub. — Döbeln (Ortsverband). So. abends, 24. d. M., 9 Uhr, außerordentliche Ortsverbandversammlung im Vereinsklub Schillerstraße. 1. Vortrag des Verbands-Redakteurs Kollegen E. Lewin-Berlin: „Die Stellung der Deutschen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung“. 2. Stellungnahme zur Fleischartierung. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. 9-11 Uhr i. Verbandsklub, Kurfürstenstr. 29, Sitzung. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband - Vertreteritzung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — Kaarzen 5. Wochen. Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Lubewig. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., im Hüttmanns Hotel, Poststr., Distriktsklub. — Hieslos (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Bander, Döhrstr. — Hannover-Linden u. Umgegend (Ortsverband). Sonn-

tag, 25. d. M. morgens präz. 9 Uhr, Ortsverbandversammlung in Rinkelsworth, Bühlstraße 12. Referent: Ortsverbandsekretär Kollege Reiffert-Berlin. — Köln (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch abends 9 Uhr im Restaurant „Bayer Kolping“, Eiserstraße. — Köln (Ortsverband). Am 18. September, nachm. 4 1/2 Uhr, Versammlung in Frechen, bei Wittwe Hüll, Hauptstr. — Leipzig (Gewerkschafts-Liebertafel). Die Liebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seebachstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Leipzig u. Leipzig-West (Ortsverbände). 27. Sept., abends 8 1/2 Uhr, in Livoli, Bindmühlenstr. 14-16. Vortrag des Verbandssekretärs Kollege Erlesens-Berlin: „Der Kampf um die Reform der Arbeiterversicherung“. — Walsheim-Kraus (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreteritzung beim Wirt Joh. Köller, Sandstraße 28. — Glettau (Sängerchor der Gewerkschaften). Die Liebungshunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willk. — Legel (Distriktsklub für Legel, Wörlingwalde und Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Fischer, Berlinerstr. 88. Gäste willkommen. — Weihenfeld a. G. (Gesangsabteilung der Gewerkschaften). Liebungshunde jeder Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schäferstraße. Gesangslebende Gewerkschaftskollegen stets willkommen. — Weihenfeld (Distriktsklub der Gewerkschaften). Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Erlangen i. Bayern (Ortsverband). J. Friedrich, Vorsitzender, Hoffmannstr. R. Berngruber, Schriftführer, Bohlenplatz 13. G. Schorr, Kassierer, Rüttlerstr. 2. — Selb-Bayern (Ortsverband). A. Rohrer, Vorsitzender, Selb, Untere Lubwigstraße (Müllischer Hof). R. Schäfer, Schriftführer, Selb-Stadt, Obere Lubwigstraße 132. — Wiesbaden (Ortsverb. der Brauer). J. Winkelmann, Vorsitzender, Wiesbaden-Büchelstr. 6. Kenschelbach, Schriftführer, Wiesbadenstr. 11. J. Kaiser, Kassierer, Schenkenborfstraße 5. — Zentralrat. Vertreter des Gewerkschafts der Köpfer Albert Schlee, Berlin D. 112, Mittelstr. 46.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht. Die Vorzüge des Hochgebirges für Gesunde und Kranke. Von Dr. med. Amrein-Aroja. Verlagsanstalt Emil Abigt in Wiesbaden. Preis 0,80 Mk., gebunden 1,20 Mk. Die Heilung der Lungentuberkulose im Hochgebirge. Von Dr. med. Amrein-Aroja. Verlagsanstalt Emil Abigt in Wiesbaden. Preis 0,80 Mk., geb. 0,80 Mk. Aus einer christlichen Gewerkschaft. Authentische Darstellung der heillosen Mißwirtschaft im Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands. Sitz: Aichaffenburg. Verlag von Johs. Wolf in Gomborn (Hild.). Preis 60 Pf. Mitrasmos, Zeitschrift für die praktische Betätigung aller Naturfreunde, herausgegeben von Dr. Adolf Reich. 4. Jahrgang, Heft 4-6, Stuttgart, Französischer Verlagsbuchhandlung. Jahrespreis für 12 Hefte und zwei Gratisbeilagen Mk. 4.-.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Schriften, die jeder Gewerkschafter in seiner Bibliothek besitzen muß:

- Reform des Arbeitsrechts von Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt a. M. Der Preis der Schrift beträgt für Gewerkschafter 30 Pf., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.
- Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich von Karl Goldschmidt. Ein Leitaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908. Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pf., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.
- Weltanschauung und Arbeiterbewegung. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.
- Das Programm des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften und die Forderungen der einzelnen Gewerkschaften. Der Preis der Schrift beträgt für Gewerkschafter für 1 Exemplar 15 Pf., 5 Exemplare 70 Pf., 10 Exemplare 1,20 Mk., 50 Exemplare 5 Mk., 100 Exemplare 9 Mk.
- Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerkschaften und ihres Verbandes 1907-1910.
- Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis von M. Schumacher.
- Neuregelung des Koalitionsrechts von B. Gleichauf.
- Für die letztgenannten drei Schriften beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk.
- Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Weißswalderstraße 221/223, zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Bei kleineren Aufträgen ersuchen wir, den Betrag in Briefmarken einzufenden.



100 Stück gute 6 Pig-Zigarren für Mk. 3.-

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontraktmessen, Bombardierfabriken usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück seine 7 Pig-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück seine 8 Pig-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück seine 10 Pig-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück seine 12 Pig-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 500 Lende franco. — Nichtentworfene nehme unentgeltlich zurück. Bestand nicht unter 100 Stück. — 28 Pf. Preis. Verbandsklub B. v. C. C. Reur Schützenstr. 18. — Begründet 1898.

- Bayern. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr von 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Gerbe, Wendischgeraden 24.
- Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeiterssekretariat Nachen, Adalbertsringweg 71.
- Geilingsen a. G. (Ortsverband). 50 Pf. bei Georg Hanschaf, Bismarckstr. 26.
- Oberbergsgewerkschaft (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Unterstützung an wandernde Kollegen bei Ernst Böser jun. in Schelkenberg, Albertstr. 174 E.
- Lüdenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgescheft befindet sich beim Sekretär Herm. Bartelt, Kölnerstr. 33.
- Warth i. Pom. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten 50 Pf. Karten sind zu haben bei Aug. Döhren, Poststraße 211b. Arbeitsnachweis daselbst.
- Essen (Ruhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungsstellen im Gewerkschaftsbureau, Frohnhauserstr. 58.
- Worms (Ortsverb.). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 70 Pf. gezahlt vom Kassierer Otto Kneller, Wörlingstraße 12.
- Elrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten Abendbrot, Nachtglas, Kaffee und Frühstück. Verpflegungsstellen beim Kassierer W. Glaußen, Kolonnenstr. 32.
- Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Stübler, Bahnhofsstr. 18.
- Spandau (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich Roltestraße 6, Restaurant zum „Türkischen Zelt“, Fernsprecher Nr. 559. Dasselbst erhalten auch durchreisende Kollegen Karten im Werte von 75 Pfennig.